

- ☐☐ **Grundeinkommen statt Hartz IV**

Der neue Hartz IV-Gesetzentwurf sieht vor, dass Erwerbsarbeitslose zukünftig um fünf Euro erhöhte Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes beziehen sollen. Dafür ging offenbar der Bedarf für die Warmwasserbereitung nicht mehr in die Bemessung des Regelbedarfs ein. Dieser zähle stattdessen zu den Kosten der Unterkunft. Die sogenannte Angemessenheit der Höhe der Unterkunftskosten sollen von den Kommunen per Satzung festgelegt werden können, wobei Pauschalen für Miet- und Heizkosten bestimmt werden dürfen.

Daher drohten vielen Betroffenen Leistungskürzungen, die eine geringe nominale Erhöhung des Regelsatzes in Gegenteil verkehre, warnten bereits vor einiger Zeit Miet erbund und DGB. Die Erhöhung des ALGII-Regelsatzes um fünf Euro ist der Opposition zu wenig. Ein ganz neues System anstelle einer Hartz IV-Reform fordert nun auch der Bundesvorstand der Grünen Jugend, der

Jugendorganisation der Grünen.

Nach dem Gesetzentwurf stehen Hartz IV – EmpfängerInnen im Monat 35,90 Euro für Bekleidung und Schuhe zu, so der Bundesvorstand. Dies reiche nicht einmal für eine gute Winterjacke. Eine Erhöhung des Regelsatzes sei also zwingend erforderlich und zwar um mehr als nur fünf Euro. Die von der Opposition geforderten 17 Euro Erhöhung pro Monat seien eine Verbesserung, doch bleibe die grundlegende Problematik bestehen.

"Möchte man Hartz IV – EmpfängerInnen nur mit dem Allernötigsten versorgen oder sollen auch ihnen die Freiheiten zuteil werden, die Andere genießen? Menschen, die auf HartzIV angewiesen sind, werden von zahlreichen kulturellen, Bildungs- und

Freizeitveranstaltungen ausgeschlossen, denn dafür ist kein Geld vorgesehen und in unserer Gesellschaft kostet nun einmal bedauerlicherweise fast alles etwas. Dadurch werden die Bewegungs- und Gestaltungsfreiräume dieser Menschen erheblich eingeschränkt, zudem erleiden sie eine immer größere soziale Ausgrenzung", heißt es in der Mitteilung des Bundesvorstands der Grünen Jugend.

Auch andere grundlegende Freiheiten, wie die des bewussten Konsums würde Hilfebedürftigen entzogen. Etwa die Freiheit, bewusst teurere Freiland – Eier zu kaufen, um ein Zeichen gegen Massentierhaltung und Überproduktion zu setzen. Oder die Freiheit, mehr Geld in seine Kleidung zu investieren, um

nicht mit einem Einkauf bei einer Ladenkette wie KIK Kinderarbeit und Ausbeutung in Entwicklungsländern zu unterstützen. Diese Entscheidungen würden Hartz IV – EmpfängerInnen in unserer Gesellschaft aus der Hand genommen.

Eine Gesellschaft, in der auch Langzeitarbeitslose diese Freiheiten besitzen, sei mit Hartz IV nicht denkbar. Eine Regelsatzerhöhung sei begrüßenswert, aber letztendlich nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. "Auf lange Sicht sehen wir die Lösung in der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens,

einem Einkommen, das allen Menschen die volle Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und sie nicht als besseres oder schlechteres Mitglied unserer Gesellschaft bewertet", so der Bundesvorstand der Grünen Jugend.

- □ □ **Sanktionen gegen**

Schwangere sind rechtmäßig

Nach einer offiziellen Anfrage von Linke-Chef Klaus Ernst an die Bundesregierung bestätigte diese die Rechtmäßigkeit der Sanktionierung von Schwangeren und der Gefährdung ungeborenen Lebens. Alle Bezieher von Hartz IV-Leistungen seien grundsätzlich dazu angehalten,

jede Arbeit und jeden Kurs
anzunehmen, so die
Bundesregierung.

Eine Schwangerschaft führe
nicht zur Unzumutbarkeit.
Werde eine Arbeitsgelegenheit
abgelehnt, führe dies zur
Sanktionierung nach geltender
Gesetzeslage. In den letzten
Wochen wurde bekannt, dass
zahlreiche Jobcenter in ganz
Deutschland schwangeren

Frauen den Hartz IV Regelsatz auf Null zusammenstrichen, weil die Betroffenen beispielsweise einen Ein-Euro-Job nicht antraten.

Zusätzlich wurde der Mehrbedarf für Schwangere gestrichen und zum Teil die Kosten der Unterkunft nicht mehr gezahlt. Die Behörden ignorierten gesetzliche Vorschriften und

gesundheitliche Kriterien zur Arbeitsfähigkeit von Schwangeren, sowie zum Schutz des Ungeborenen. In einem Fall konnte durch eine Eilklage beim zuständigen Sozialgericht eine Kürzung wieder rückgängig gemacht werden.

- □ □ **Sozialhygiene statt**

Rassenhygiene

- □ □ **Polizei und
Menschenrechte**

Die Amnesty
International-Hochschulgru
ppe Frankfurt lädt unter
dem Motto "Stillstehen für
die Menschenrechte" zu
einem Flashmob an der
Hauptwache der
Frankfurter Polizei ein. Die
Aktion im Rahmen der Am
nesty
International-Kampagne

"Mehr Verantwortung bei der Polizei" soll am 29. Januar um zwölf Uhr stattfinden.

Hintergrund sind rechtswidrige Gewalt, Misshandlung und Diskriminierung durch Staatsorgane. Diese

seien

Menschenrechtsverletzungen. Doch wenn die Täter Polizisten sind, gingen sie in vielen Fällen, auch in Deutschland, oft straffrei aus, so Amnesty in einer offiziellen Mitteilung.

"Die Menschenrechte
müssen geschützt
werden. Der Staat
muss handeln.

Menschenrechts-verletz
ungen dürfen nicht
ungesühnt bleiben, weil
Täter nicht erkennbar
sind oder weil nicht
ordentlich ermittelt und
die Aufklärung

verhindert wird."

Die Kampagne "Mehr Verantwortung bei der Polizei" fordert daher eine individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten. "Wir

brauchen Aufklärung
durch unabhängige
Untersuchungen. Wir
brauchen Schutz
durch Dokumentation.
Und Prävention durch
Menschenrechtsbildung.
Wie in anderen
Ländern auch.“

- □ □ Stadt bezahlt Demonstranten

Die Stadt Ulm hat
im vergangenen

Jahr eine
Demonstration von
Stuttgart
21-Befürwortern
organisiert. Dies
berichtet die
Augsburger
Allgemeine. Die
Stadt habe Buttons,

Anstecknadeln,
Banner,
Umhängetaschen
und Klebefolien als
Werbeträger für das
Bahnprojekt
Stuttgart 21
anfertigen lassen.
Ebenso hätte sie die

Fahrkarten für die Teilnehmer an einer Kundgebung für das Bahnprojekt Ende Oktober 2010 in Stuttgart organisiert. Für Mitglieder des Gemeinderats und der Verwaltung

habe es die Tickets
auf Kosten der
Stadtkasse
gegeben.

Insgesamt 21.000
Euro habe die
Aktion gekostet.

Das Geld stamme
aus der städtischen
Haushaltsposition
"Projekt
City-Bahnhof".
Bekannt wurde dies
nach einer Anfrage
der Grünen an den
Ulmer

Oberbürgermeister.
"Es sei nicht
Aufgabe einer
Kommune,
Werbung für ein
eigenwirtschaftliche
s Projekt der Bahn
zu machen. Und
dafür noch per

kostenlosen
Zugtickets für
"Berufsdemonstrant
en" zu sorgen",
kritisierete
Grünen-Fraktionssp
recherin Birgit
Schäfer-Oelmayer
die Ulmer

Stadtverwaltung.

**Kommentar: Es ist
bezeichnend für die
"demokratische
Legitimität" des**

Milliardengrabes
"Stuttgart 21", dass
Demonstrationen
für dieses
ausschließlich von
der Politik
organisiert, und
sogar noch auf
Kosten der

Allgemeinheit
finanziert werden.
Hier sieht man
tatsächlich, für wen
das Etikett
(bezahlter)
"Berufsdemonstran
t" am ehesten
zutreffend ist.

Im Vergleich dazu
versammeln sich
zu den
Protestkundgebun
gen gegen das
Milliardengrab
regelmäßig
mehrere
Zehntausend

Menschen aus
eigenem Antrieb.
Organisiert von
gesellschaftlichen,
gemeinnützigen
Initiativen und
Vereinen, und
zumeist gegen den
Widerstand und

gezielte
Repressalien von
Seiten der
Behörden, der
Justiz und der
Polizei.

- □ □ Aktionen gegen Stuttgart 21

Am Samstag, 29.
Januar, findet in
Stuttgart erneut
eine
Großdemonstrati
on gegen

Stuttgart 21 statt.
Die Kundgebung
vor dem
Stuttgarter
Hauptbahnhof
steht unter dem
Motto "Jetzt erst
recht: Widerstand

plus - Nein zu
Stuttgart 21".
Sprechen werden
der grüne
Bundestagsabge
ordnete und
Vorsitzende des
Verkehrsausschu

ss Winfried
Hermann, sowie
der Regisseur
Klaus Hemmerle
und Matthias
Oomen,
Bundespressespr
eher des

Fahrgastverband s Pro Bahn.

Außerdem wird
Francisco "Chico"
Whitaker

Ferreira,
alternativer
Nobelpreisträger
und Mitbegründer
des
Weltsozialforums
Grüßworte
sprechen. Am

darauf folgenden
Montag wird die
inzwischen 61.
Montagsdemonst
ration stattfinden.
Das
Aktionsbündnis
Stuttgart 21 ruft

alle Bürger auf,
zahlreich zu
kommen und
phantasievoll und
entschlossen
gegen das
unsinnige
Prestigeprojekt

zu protestieren.

Am Samstag, 5.
Februar, wollen
Campact und der
BUND das
Bahnprojekt
Stuttgart 21 zum

zentralen Thema
des
Landtagswahlka
mpfs machen! In
ganz
Baden-Württemb
erg soll gezeigt
werden, welche

Konsequenzen
das
verantwortungslo
se
Investitionsprojek
t hat: Je mehr
Millionen
Stuttgart 21

verschlingt, desto
weniger bleibe für
den Ausbau des
Nahverkehrs, so
Compact.

Große

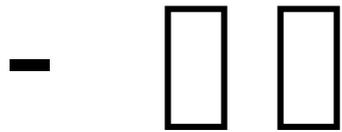
Pappmodelle

eines
Nahverkehrszugs
werden als
Bürgerbahnen
auf den
Bahnhofsvorplätz
en und in den
Ortschaften in

möglichst vielen
Wahlkreisen
Fahrt aufnehmen.
Sie werden von
einem großen
Stuttgart
21-Stoppssignal -
gehalten von

Menschen mit
Masken von
Tanja Gönner
und Stefan
Mappus –
ausgebremst.
Hier können Sie
sich über die

Aktivitäten bei Ihnen vor Ort informieren.



Kennzeichnung spflicht für Polizei

Amnesty weist
auf Widersprüc
he innerhalb der
CDU zur na
mentlichen
Kennzeichnung
spflicht für

Polizisten hin.
Während die
Fraktion im
Brandenburger
Landtag diese
einführen wolle,
fordere die

Fraktion im
Berliner
Abgeordneten
aus genau das
Gegenteil. Die
CDU habe dort
am 24. Januar

im
Abgeordneten
aus einen
Antrag auf
Rücknahme der
im November
2010

vereinbarten
Einführung
einer
individuellen
Kennzeichnung
spflicht gestellt.
Allerdings ohne

Erfolg; Der
Innenausschus
s lehnte den
Antrag ab.

"Die CDU
muss sich
entscheiden:
Für oder gegen
mehr
Transparenz
und

Verantwortung
bei der
Polizei“, sagte
Monika Lücke,
Generalsekretä
rin von
Amnesty

International in Deutschland, anlässlich einer Expertenanhör ung im Brandenburger

Landtag am
27. Januar.
Dort wird auf
Initiative der
CDU die
Einführung
einer

namentlichen
Kennzeichnun
g von
Polizisten in
Brandenburg
diskutiert.

Die
Amnesty-Generalsekretärin
wird in
Potsdam die
Ergebnisse
der

Amnesty-Rech erchen zu rechtswidriger Polizeigewalt in Deutschland sowie Argumente für

die Einführung
einer
Kennzeichnung
spflicht
vorbringen. Im
Rahmen der
Kampagne

"Transparenz
schützt
Menschenrech-
te – Mehr
Verantwortung
bei der Polizei"
fordert

Amnesty
deswegen
unter anderem
die individuelle
Kennzeichnung
spflicht für
Polizisten.

Die Transparenz der polizeilichen Arbeit stärkt das Vertrauen der

Bevölkerung
in die Polizei
und helfe bei
der Ermittlung
von Tätern
innerhalb der
Polizei. Die

Expertenanhör
ung in
Brandenburg
ist Ergebnis
eines
Gesetzesentwurf
s der

Landespartei,
die mit der
Kennzeichnung
spflicht "mehr
Bürgernähe
und
Transparenz"

bei der Polizei
schaffen will.

Laut CDU soll
die

Kennzeichnung
spflicht auch
für Einsätze in

geschlossenen
Einheiten
gelten.
(§9 Abs. 1 des
Entwurfs). Das
hatte auch die
rot-rote

Koalition in
ihrem
Koalitionsvertr
ag 2009
angekündigt.

- □ □

Preisanstieg

Der Verbraucherp reisindex in Deutschland wird sich im Januar 2011

voraussichtlich
um 1,9 bis
2,0 Prozent
gegenüber
Januar 2010
erhöhen.

Dies berichtet
das
Statistische
Bundesamt
(Destatis)
nach den

bisher
vorliegenden
Ergebnissen.
Der
Verbraucherp
reisindex soll

demnach
lediglich
gegenüber
Dezember
2010
saisonbedingt

voraussichtlich
um 0,5
Prozent
sinken.

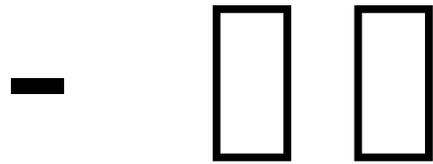
Wie bereits
im Jahr 2010
wird auch im
Januar 2011
die
Teuerungsrate

e maßgeblich
durch starke
Preiserhöhun
gen bei
leichtem
Heizöl und

Kraftstoffen
sowie bei
Obst und
Gemüse
bestimmt.
Hinzu

kommen die
von den
Energieversor-
gern seit
längerem
angekündigte

n Preiserhöhun gen für Strom.



Pressefrei heit

Die
Bundesregie
rung
missachte
die durch
das

Grundgesetz
garantierte
Pressefreiheit,
kritisiert
die Linke
anlässlich

der
Anhörung
zum
Gesetzesentw
urf der
Bundesregie

rung zur Stärkung der Pressefreiheit im Straf- und Strafprozess

recht. Der
Gesetzentw
urf greife viel
zu kurz und
werde der
Rolle der

Presse als 'Vierter Gewalt' im Staat nicht gerecht, so Halina

Wawzyniak,
Mitglied im
Rechtsausschuss für die
Fraktion DIE
LINKE:

Bleibe es bei
den
Strafandrohu
ngen für

Journalistinnen
und
Journalisten,
würden sie
von
kritischen

Veröffentlichungen
abgeschreckt. Ihre
Kontrollfunktion
werde

damit
empfindlich
beschnitten.
Es sei
unerlässlich,
Journalistinn

en und
Journalisten
umfassend
zu schützen
– vor den
Begehrlichkeiten

iten der
Ermittlungsb
ehörden
ebenso wie
vor den
Begehrlichke

iten der
Politik. Dazu
gehöre auch
das Recht
von
JournalistInn

en, die
eigenen
Quellen
geheim zu
halten und
zu schützen.

- □ □

Angriffe auf Presse- und Meinungsfr eiheit in

Geschrieben von: Baraka

Freitag, den 28. Januar 2011 um 00:11 Uhr

Ägypten

Reporter

ohne
Grenzen
(ROG)
verurteilt die
Festnahme
n und

körperlichen Angriffe gegen Journalisten am 25. und 26. Januar.

Rund 15 Journalisten , die über die aktuellen Demonstrati

onen in
verschieden
en
ägyptischen
Städten
berichteteten,

wurden von
Polizei- und
Sicherheitsk
räften
angegriffen
oder

zeitweilig
festgenomm
en.

ROG
kritisiert
außerdem
die
verschärfte
Zensur der

Neuen Medien in den vergangene n zwei Tagen in

dem
nordostafrik
anischen
Land. "Die
Behörden
haben alles

unternomm
en, um die
Medien auf
Distanz
halten. Sie
wollen die

Verbreitung von Bildern von Demonstran ten, die den Rücktritt

des
ägyptischen
Präsidenten
Hosni
Mubarak
fordern,

verhindern“,
so ROG.

Am 25.

Januar wurde der Zugang zum Mikrobloggi ng-Dienst

Twitter
gesperrt.
Zuvor
hatten sich
zahlreiche
Nutzer unter

Nennung
des
Hashtags
"#jan25" in
ihren
Tweets auf

die Proteste
bezogen.

Die Seiten

der

Internetplatt

form

Facebook
sind seit
dem 26.
Januar
zeitweilig
und, je nach

Internetprov
ider, in
unterschiedl
ichem
Ausmaß
nicht mehr

zugänglich.
Viele
ägyptische
Dissidenten
und
Bürgerrecht

sgruppen
arbeiten seit
Jahren mit
Facebook,
um
Information

en zu
verbreiten
und
Proteste zu
organisieren

■

Ägypten
steht bereits
seit
mehreren
Jahren auf
der

ROG-Liste
der "Feinde
des
Internets".
Vor allem
regelmäßig

e

Festnahme

n von und

Schikanen

und

Drohungen

gegen
Blogger
haben der
Regierung
unter
Präsident

Mubarak
diesen Titel
eingebracht.

Viele
Nutzer
haben in
den
vergangene
n zwei

Tagen in
Botschaften
über soziale
Netzwerke
ihren Ärger
über die

verstärkte
Internetzensur
veröffentlicht.
Viele von
ihnen

umgehen
inzwischen
mit Hilfe von
Proxy-Servern
oder
unter

Anwendung
spezieller
Softwarepro
gramme die
Blockaden
der Seiten.

Die
Behörden
hatten
teilweise
auch die
Mobilfunkko

mmunikatio
n in Kairo
blockiert:
Betroffen
waren Orte,
an denen

sich

Demonstran

ten

versammelt

hatten. Die

Telefonunte

rnehmen
Vodafone
und Mobile
Nile haben
jegliche
Verantwortu

ng für die
Störungen
von sich
gewiesen
und die
ägyptischen

Behörden
dafür
verantwortli
ch gemacht.

- □ □

**Anonymou
s zur
ägyptische**

n Zensur

Anonymous

*wird nicht
dulden, daß
Menschen
ihrer
Grundrecht*

*e beraubt
und in ihren
grundsätzlich
chen
Freiheiten*

*beschnitten
werden.
Viele
Regierungen
n*

*verweigern
den
Bürgern
jedoch die
Rechte, die*

*ihnen in der
Allgemeine
n Erklärung
der
Menschenr*

*echte
zugestande
n werden.
Diese
Regierungen*

*n glauben,
ihrem Volk
eine
staatlich
genormte*

*Version der
Wirklichkeit
aufoktroyer
en zu
können.*

Anonymous
hält das für
ein
Verbrechen
, das nicht

ungestraft

bleiben

darf.

Dem

*ägyptische
n Volke
werden die
Grundrecht
e auf freie*

*Meinungsä
ußerung,
freie
Ausübung
der*

*Religion,
das Recht
auf
Versammlu
ngsfreiheit*

*und der
freie
Zugang zu
Information
en von*

*Seiten der
Regierung
Mubarak
vorenthalte
n. Dadurch*

*hat die
ägyptische
Regierung
sich als
kriminell*

*offenbart
und sich
zum Feinde
Anonymous
' erklärt.*

*An die
ägyptische
Regierung:
Anonymous
fordert, daß*

*Sie den
Bürgern
freien
Zugang zu
unzensurierte*

n

Information

en

sicherstelle

n. Sollten

*Sie dieser
Aufforderung
nicht
Folge
leisten, wird*

Anonymous
es nicht mit
Angriffen
auf
Regierungs

server

bewenden

lassen.

Anonymous

wird

*sicherstelle
n, daß die
internationalen
Medien
die*

*Wahrheit
über Sie
und
schrecklich
e Realität,*

mit der das

ägyptische

Volk

konfrontiert

ist weltweit

verbreiten.

Anonymous

*wird jeden
an der
Unterdrück
ung des
ägyptische*

*n Volkes
Beteiligten
bloßstellen.
Es liegt
allein in*

den

Händen der

ägyptische

n

Regierung

*dies zu
verhindern.
Setzen Sie
die
Unterdücker*

*ng fort,
werden Sie
das Ziel
von
Protesten*

*und
Demonstrat
ionen
bleiben.
Geben Sie*

den

berechtigte

n

Forderungen

n ihres

*Volkes
nach, und
die
Attacken
werden*

*beendet
werden.*

*An das
ägyptische
Volk: Wir
kämpfen
vereint,*

*Seite an
Seite,
gegen die
Unterdrück
ung. Dieser*

*Kampf ist
indes nicht
nur für
euch,
sondern für*

*die
gesamte
Menschheit
von
Bedeutung.*

*Die Bürger
nehmen
ihre
Unterwerfu
ng nicht*

*länger
schweigend
hin. Falls
wir dazu
gezwungen*

*werden,
können wir
höllisch laut
sein - und
wenn die*

*Menschen
gegen ihre
Unterdrück
er
aufstehen,*

*werden
diese von
Schockwell
en der
Angst*

*erschüttert
werden.*

Anonymous
- das sind
eure Brüder
und
Schwwestern

*, eure
Söhne,
Töchter,
Väter,
Mütter,*

eure

Freunde,

ungeachtet

des Alters,

des

*Geschlecht
s, der
Ethnie,
Religion,
oder*

*Nationalität.
Anonymous
- das bist
Du. Dein
Recht auf*

*Meinungs-
und
Redefreihei
t, freie
Presse und*

*umfassend
en Zugang
zu
Information
en werden*

*Dir weder
im richtigen
Leben noch
im Internet
genommen*

werden.

Schließe

*Dich
unserem
weltweiten
Kampf um
Information*

sfreiheit an!

Khalil

Gibran

sagte

einmal: “Ein

*Leben ohne
Freiheit ist
wie ein
Körper
ohne*

*Seele, und
Freiheit
ohne
Denken ist
wie ein*

*verwirrter
Geist. [...]
Leben,
Freiheit und
Denken*

sind
drei-in-eins,
sie sind
ewig und
sollen nie

Geschrieben von: Baraka

Freitag, den 28. Januar 2011 um 00:11 Uhr

vergehen“.

*We are
Anonymous*

■

*We are
Legion.*

*We do not
forgive.*

*We do not
forget.*

Geschrieben von: Baraka

Freitag, den 28. Januar 2011 um 00:11 Uhr

Expect us.

Geschrieben von: Baraka

Freitag, den 28. Januar 2011 um 00:11 Uhr

- □ □

Anonymo us fordert Bedingun

**gsloses
Grundeink
ommen**

Geschrieben von: Baraka

Freitag, den 28. Januar 2011 um 00:11 Uhr

{jcomments
on}